

Hilfen für straffällige Heranwachsende an der Schnittstelle von § 41 SGB VIII und §§ 67 f. SGB XII¹

Rechtsanwalt Prof. Dr. Florian Gerlach, Osnabrück

1. Einführung

Die Leistungsgewährung im Bereich der Straffälligenhilfe wird durch Zuständigkeitskonflikte zwischen den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie den Trägern der Sozialhilfe geprägt. Notwendige Bedarfe Hilfesuchender bleiben dadurch unbefriedigt, die Leistungserbringung durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege wird erheblich beeinträchtigt. Diese Zuständigkeitskonflikte sind nicht neu, sondern existieren seit Schaffung und Ausweitung der Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII Anfang der neunziger Jahre.² Wie zu zeigen sein wird, haben die Zuständigkeitskonflikte ihren wesentlichen Grund darin, dass das *Leistungsspektrum* der Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII einerseits und der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach § 67 SGB XII andererseits große Schnittmengen aufweist, die in den Tatbestandsvoraussetzungen beschriebenen Bedarfslagen beider Regelungen dagegen voneinander abweichen. Die Darstellung soll zur Klärung offener Abgrenzungsfragen zwischen den beiden Regelungen beitragen. Zudem werde ich auf Wunsch des Veranstalters der Tagung dem verfahrensrechtlichen Umgang mit offenen Zuständigkeitskonflikten Raum geben. Ich werde im Folgenden zunächst getrennt auf die jeweiligen Voraussetzungen und Leitvorstellungen der beiden Normen (§ 41 SGB VIII einerseits, § 67 SGB XII andererseits) eingehen. Sodann werde ich die Schnittmengen und Abgrenzungskriterien herausarbeiten. Schließlich erörtere ich die Problematik des Vor- und Nachrangs sowie Möglichkeiten der Anspruchsdurchsetzung bei Zuständigkeitsstreits.

2. Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII

Nach § 41 SGB VIII haben junge Volljährige einen Anspruch auf Hilfe zur Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist.

Voraussetzungen

Anknüpfungspunkt für die Hilfe ist demnach zum einen die *nicht abgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung*, zum anderen die fehlende Fähigkeit, sein Leben *eigenverantwortlich* zu gestalten. § 41 SGB VIII lebt dabei von dem Gedanken der unfertigen oder besser noch nicht fertigen Persönlichkeit. Hilfe wird gewährt, weil und insofern erwartet wird, dass der junge Volljährige sich unter Inanspruchnahme von Hilfe zu eben der beschriebenen abgeschlossenen Persönlichkeit, die ihr Leben eigenverantwortlich gestalten kann, entwickle³. Persönlichkeitsentwicklung ist ein Mittel, ein Instrument den „unfertigen“ jungen Menschen zu Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit zu führen. § 41 SGB VIII ist hinsichtlich der Ursache der nicht abgeschlossenen Persönlichkeitsentwicklung offen: Grund kann und wird oftmals ein nicht abgeschlossener Erziehungsprozess sein. Grund

¹ Textfassung des Vortrages anlässlich der Tagung des „Evangelischen Fachverbandes für Gefährdetenhilfe im Diakonischen Werk Bayern“ am 11. Juli 2007 in Nürnberg.

² Vgl. etwa Gerlach: „Nocheinmal: Hilfe für junge Volljährige“, in: Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) e.V., „Rundbrief“, Heft 2/1997, S. 23 ff.; und Gerlach: "Jugendhilfe oder Sozialhilfe für junge Volljährige ?", Tagungsbericht zur Fachtagung "Kinder- und Jugendhilfe" des Jugendamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1996; unveröffentlichtes Manuscript.

³ Vgl. hierzu Gerlach, Florian, Aktuelle Rechtsprobleme der Kinder- und Jugendhilfe unter besonderer Berücksichtigung des § 41 KJHG, in: AFET-RdBrief 1995/3, 21; OVG Lüneburg, in: NDV-RD 1998, 110.

kann aber auch eine seelische Behinderung, Krankheit oder Verhaltensauffälligkeit sein. Es können dann auch therapeutische Leistungen auf Grundlage dieser Vorschrift erbracht werden (vgl. § 41 Abs.2 SGB VIII).

Altersgrenzen

Insofern § 41 SGB VIII die (noch nicht) abgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung im Blick hat, ist es konsequent, dass der Gesetzgeber die Hilfe *altersmäßig begrenzt*: Die Hilfe wird nach § 41 Abs.2 SGB VIII in der Regel bis zum 21. Lebensjahr gewährt, in begründeten Einzelfällen soll sie darüber hinaus fortgesetzt werden. Längstens kann die Hilfe bis zum 27. Lebensjahr gewährt werden. Dies ergibt sich aus § 7 Abs.1 Nr.3 SGB VIII wonach junger Volljähriger ist, wer 18 aber noch nicht 27 Jahre alt ist. Der Begrenzung der Hilfe auf das 21. bzw. 27. Lebensjahr liegt die gesetzliche Fiktion zugrunde, dass, wer diese Altersgrenzen überschritten hat, kein Problem mehr mit der Persönlichkeitsentwicklung hat, dem mit kinder- und jugendhilferechtlichen Mitteln und Methoden beizukommen wäre.

Aus der Regelung zur Altersbegrenzung folgt erstens: Hilfe für junge Volljährige kann auch nach Vollendung des 18. Lebensjahres erstmalig gewährt werden. Sie ist nicht ausschließlich Fortsetzungs- oder Anschlusshilfe der Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII. Zweitens: Hilfe kann nach Vollendung des 21. Lebensjahres nicht erstmalig gewährt werden. Wird sie nach dem 21. Lebensjahr gewährt, muss es sich um eine zuvor begonnene Hilfe nach § 41 SGB VIII handeln. Sonst wird die Hilfe nicht „fortgesetzt“, wie § 41 Abs.1 S.2 2.Hs. SGB VIII dies fordert. Diese Fortsetzungsmöglichkeit bereitet den Hilfesuchenden in der Praxis immer wieder Schwierigkeiten. Mit Verweis auf den Ausnahmecharakter der Vorschrift werden Hilfebegehren über das 21. Lj. hinaus regelmäßig zurückgewiesen. Die Rechtsprechung lehnt schematische Lösungen dagegen ab und rückt den Einzelfall in den Vordergrund.⁴ So können etwa Umstände in der Person oder Entwicklung des Hilfesuchenden, wie etwa ein später Hilfebeginn, eine vorherige Haft oder auch eine seelische Behinderung eine Verlängerung über das 21. Lebensjahr hinaus bis zum 27. Lebensjahr rechtfertigen. Im Fall einer seelischen Behinderung etwa ist die Hilfe regelmäßig bis zum 27. Lebensjahr fortzusetzen.⁵

Positive Entwicklungsprognose

Versuchen der Jugendämter, die Leistungsverweigerung mit der Forderung nach einer sog. *positiven Entwicklungsprognose* zu begründen, hat die Rechtsprechung eine Absage erteilt. Leistungen nach § 41 SGB VIII dürfen nur dann verweigert werden, wenn Entwicklungsschritte gänzlich ausgeschlossen, wenn also nicht einmal Teilerfolge zu erwarten sind.⁶ Dies zu belegen, dürfte in der Praxis schwer fallen. Kein Ausschlusskriterium ist insbesondere ein bisheriges Scheitern der gesellschaftlichen Integration, also etwa Straffälligkeit oder Haft. Das Gegenteil ist der Fall: Delinquenz kann gerade Folge nicht abgeschlossener Persönlichkeitsentwicklung sein und entsprechende Hilfe geradezu fordern.⁷

Mitwirkungsbereitschaft

Auch die formelhafte, vielfach ohne jede Hilfeplanung und Aufklärung des Sachverhaltes ins Feld geführte Begründung, der Jugendliche zeige durch sein bisheriges Verhalten, dass er zur „aktiven Mithilfe“ nicht bereit sei, ist nicht hinzunehmen. Darauf fußende Ablehnungsbescheide sind rechtswidrig. Mitwirkungsbereitschaft ist stets Leistungsvoraussetzung bei allen Hilfen, sei Krankenhilfe, Jugendhilfe, Sozialhilfe, etc. Hilfe

⁴ Z.B. OVG Lüneburg, FEVS 52, 7.

⁵ Ebd.; Wiesner, a.a.O., Rn.26 f.

⁶ Vgl. hierzu Gerlach, a.a.O. sowie Wiesner, SGB VIII, § 41 Rn. 23 f.

⁷ Ebd.

wird nicht aufgezwungen. Insofern ist die Aussage zur Mitwirkungsbereitschaft profan. Fehlende Motivation und geringes Engagement sind aber für die Klientel der Jugendhilfe oft gerade das entscheidende Problem. Das fehlende Engagement für die eigenen Belange zu wecken und eine entsprechende Motivationsarbeit zu leisten ist gerade Teil und Aufgabe von Jugendhilfe. Die durch kommunale Sparzwänge und insofern interessengeleitete Argumentation von der fehlenden Mitwirkungsbereitschaft wird so zum Ausschlussgrund statt zum positiven Argument für Hilfe.

Leistungen

Das Leistungsspektrum der Hilfen ist in § 41 Abs.2 SGB VIII umrissen: Danach können alle Hilfen gewährt werden, die auch im Rahmen der Hilfen zur Erziehung gewährt werden können, mit Ausnahme derjenigen Hilfen, die auf eine Reaktivierung der Familie bezogen sind. Dies weil eben Verselbständigung ein wesentliches Ziel der Hilfe für junge Volljährige ist. Neben den in §§ 28 – 35 SGB VIII aufgezählten Hilfen können auch Leistungen aus dem Spektrum des § 35 a SGB VIII und daher insbesondere auch therapeutische Hilfen gewährt werden. Für die Abgrenzung zu § 67 SGB XII ist von besonderer Bedeutung, dass es sich bei den Hilfen nach § 41 SGB VIII im Schwerpunkt um sozialpädagogische Leistungen handeln muss, die mit den Mitteln des Jugendhilferechts bewältigt werden können müssen. Zu nennen sind: Beratung und Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung, der Besorgung eines Arbeitsplatzes, bei Behördenkontakten, bei der Freizeitgestaltung, der Haushaltsführung, etc. Wird der Betroffene stationär oder teilstationär untergebracht, umfasst der Anspruch auch Unterhalt und Krankenversorgung (vgl. §§ 41 Abs.2, 39, 40 SGB VIII).

3. Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach § 67 SGB XII

Nach § 67 SGB XII haben Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, Anspruch auf Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind.

Voraussetzungen

Voraussetzung für die Hilfestellung ist demnach zunächst, dass sich der Hilfesuchende in besonderen Lebensverhältnissen befindet. Der Begriff „besondere Lebensverhältnisse“ ist in Abgrenzung zu „normalen“ Lebensverhältnissen zu bestimmen.⁸ Besondere Lebensverhältnisse sind demnach gekennzeichnet durch einen Mangel an Arbeit, Wohnraum, Beziehungen zu Angehörigen, Freunden, Bekannten usw., Mangel an Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, Mangel an sozialer Sicherung für die Risiken Krankheit, Alter, Unfall, Mangel an für den Lebensunterhalt notwendigem Geld, Mangel an Chance für eine gesundheitsbewusste Lebensweise, Mangel an Bildung, Unterhaltung, Sport, „Lebensgenuss“.⁹ Eine (nicht abschließende) Aufzählung besonderer Lebensverhältnisse enthält auch § 2 Abs.2 der DV zu § 67 SGB XII. Dort wird die Entlassung aus einer geschlossenen Einrichtung ausdrücklich genannt.

In dieser Lage befindet sich eine Vielzahl von Menschen. Der Kreis der Leistungsberechtigten wird vom Gesetzgeber daher weiter eingeschränkt, indem zu diesen besonderen Lebensverhältnissen soziale Schwierigkeiten hinzutreten müssen. Soziale Schwierigkeiten sind gegeben, wenn der Betroffene bei der Interaktion mit seiner sozialen Umwelt Schwierigkeiten hat, wenn er also z.B. nicht auf einen Freundeskreis, eine Familie, auf die Nachbarschaft, auf organisierte staatliche oder andere soziale Netzwerke zurückgreifen kann.

⁸ Roscher, in: LPK-BSHG zur Vorgängerregelung des § 72 BSHG, Rn.8 ff.

⁹ Ebs., Rn.19.

Schließlich muss die fehlende Fähigkeit zur Selbsthilfe hinzutreten.

Der Umfang der Leistungen nach § 67 SGB XII wird in § 68 SGB XII i.V.m. § 2 DV zu § 68 SGB XII beschrieben. Danach können alle Maßnahmen gewährt werden, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Sowohl § 68 als auch die Durchführungsverordnung enthalten beispielhafte Konkretisierungen einzelner Leistungen. Hervorzuheben sind etwa: Beratung und persönliche Unterstützung (§ 3 DV), Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung (§ 4 DV), Ausbildung und Sicherung eines Arbeitsplatzes (§ 5 DV), Hilfe zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und zur Gestaltung des Alltags (§ 6 DV).

4. Abgrenzung der Leistungen

a) Unterschiedliche Bedarfslagen, vergleichbares Hilfesetting

Die Leistungen nach § 67 SGB XII und nach § 41 SGB VIII weisen eine große Schnittmenge auf. Bei beiden Hilfearten steht die gesellschaftliche Integration desintegrierter oder noch nicht integrierter Menschen im Vordergrund. Unterstützung in persönlichen Belangen, Sicherung von Ausbildung und Arbeitsplatz sowie Unterstützung beim Auf- und Ausbau persönlicher Beziehungen sind zentrale Elemente beider Hilfearten. Junge Menschen, die zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung aufgrund ihrer noch nicht abgeschlossenen Persönlichkeitsentwicklung nicht in der Lage sind (§ 41 SGB VIII) befinden sich regelmäßig auch in besonderen Lebensverhältnissen, die mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (§ 67 SGB XII). Auch umgekehrt, wird bei jungen Menschen, die sich in besonderen Lebensverhältnissen befinden, die mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (§ 72 SGB XII) nicht selten die Diagnose zu stellen sein, dass sie aufgrund nicht abgeschlossener Persönlichkeitsentwicklung zu eigenverantwortlicher Lebensführung nicht in der Lage sind. Geht es also um den Hilfebedarf junger Menschen, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kommt es notwendig zu Überschneidungen zwischen beiden Hilfesystemen.

Literatur und Rechtsprechung stellen folgende Abgrenzungsregeln auf: Hilfe für junge Volljährige stellt im Kern auf die (noch) nicht abgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung ab, fragt also nach dem *Grund* des Hilfebedarfs (Defizit in der Persönlichkeitsentwicklung). Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten knüpft dagegen an äußere Lebensverhältnisse, wie fehlender Wohnraum, Arbeitslosigkeit, Haftentlassung, etc. an, ohne nach deren Grund und Ursache zu fragen. Der Anknüpfungspunkt der Hilfe nach § 41 SGB VIII ist individuell-lebensgeschichtlich, derjenige der Hilfe nach § 67 SGB XII situationsbezogen orientiert. Vereinfacht lässt sich in Bezug etwa auf einen jungen haftentlassenen Menschen formulieren: Ist eine nicht abgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung Grund für sein delinquentes Verhalten sowie seine Unfähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensführung kommt *Jugendhilfe* zum Tragen, ist dagegen der Grund für seine besonderen Lebensverhältnisse vorrangig in der Haft zu suchen, die Persönlichkeitsentwicklung jedoch abgeschlossen, kommt *Sozialhilfe* zum Tragen.

Folgt man diesem scheinbar einfachen Lösungsansatz und grenzt durch eindeutige Bedarfsbestimmung ab¹⁰, lässt sich eine eindeutige Zuordnung vornehmen. In der Praxis dürfte eine entsprechend eindeutige Zuordnung oft nicht ohne weiteres möglich sein. Es muss dann auf die allgemeinen Abgrenzungsregeln zurückgegriffen werden.

¹⁰ Dies fordert Roscher, a.a.O., Rn.32.

c) Vorrang und Nachrang

Jugendhilfeleistungen gehen Sozialhilfeleistungen vor (§ 10 Abs.4 S.1 SGB VIII). Dieser Vorrang gilt freilich nur dort, wo Leistungsansprüche sowohl nach § 41 SGB VIII als auch nach § 67 SGB XII bestehen. Lassen sich eindeutig die Voraussetzungen des § 41 SGB VIII verneinen (z.B.: abgeschlossene Persönlichkeitsentwicklung), besteht kein Raum für die Anwendung des Nachranggrundsatzes. Man gelangt dann ohne weiteres zur Anwendung des § 67 SGB XII. Die Problematik von Vor- und Nachrang kann es nur dort geben, wo Leistungsansprüche aufgrund beider Vorschriften existieren, die an denselben Personenkreis gerichtet sind und denselben Leistungszweck verfolgen. Man spricht dann von sog. kongruenten Leistungen.

d) Leistungspflicht trotz Nachrangs

Der Nachranggrundsatz wird von Jugend- und Sozialämtern oft als Argument für die Ablehnung von Hilfen genutzt. Richtig angewandt rechtfertigt der Nachranggrundsatz die Leistungsverweigerung oft nicht, führt im Gegenteil sogar zu einer Verbesserung der Rechtsposition der Betroffenen. Dies beruht zunächst darauf, dass selbst bei festgestelltem Vorrang des anderen Leistungsträgers der Träger der Jugend- oder Sozialhilfe eintreten muss, wenn der an sich vorrangig verpflichtete Träger *faktisch* nicht leistet. Die Leistungen des vorrangig Pflichtigen Leistungsträger müssen also „bereit“ oder „präsent“ sein¹¹. Dies sind sie zum Beispiel nicht, wenn zwischen den Leistungsträgern ein Streit über die Zuständigkeit und Einstandspflicht herrscht und der vorrangig verpflichtete Träger aus diesem Grunde die Leistung verweigert. Der nachrangige Leistungsträger muss dann gegenüber dem Hilfesuchenden zunächst als „Ausfallbürge“ des tatsächlich oder vermeintlich vorrangigen eintreten und vorleisten. Erst im Wege der Kostenerstattung gem. § 104 SGB X kann der nachrangig verpflichtete Träger den Nachrang gegenüber dem vorrangig verpflichteten geltend machen. § 67 S.2 SGB XII regelt dieses Prinzip für den dortigen Anwendungsbereich ausdrücklich. Tatsächlich handelt es sich aber um ein allgemeines sozialrechtliches Prinzip, dass auch im Jugendhilferecht Anwendung findet.

Liegen die Leistungsvoraussetzungen beider Vorschriften vor, kann sich der Leistungsberechtigte an einen der beiden Leistungsträger halten. Er kann sich diesen aussuchen. Leistet also ein Leistungsträger die gesetzlich geschuldete Leistung, erlischt der Anspruch des Berechtigten im *Außenverhältnis*. Ob aber im *Innenverhältnis*, also innerhalb der Sozialverwaltung, die Leistung zu Recht von dem zunächst leistenden Träger gewährt wurde, ist davon zu trennen. Hat der richtige Träger geleistet, ist die Angelegenheit erledigt; hat der falsche Träger geleistet, hat er einen Kostenerstattungsanspruch gem. § 104 SGB X gegen den richtigen Träger. Dies alle braucht aber den Leistungsempfänger nicht zu interessieren, da er sich an irgendeinen der verschiedenen Leistungsträger wenden darf¹².

e) Fallgruppen

Mit der Verbesserung der Hilfen für junge Volljährige wollte der Gesetzgeber den Vorrang der Hilfen für junge Volljährige gegenüber den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten herstellen und dabei den Personenkreis des § 67 SGB XII in der entsprechenden Altersgruppe in die Jugendhilfe verlagern.¹³

¹¹ LPK-SGB XII (Fn. Nr.) (Brühl), § 2 Rdnr. 3 ff.

¹² So *BVerwG*, Urteil vom 23.09.1999, Az. 5 C 26.98, in: *BVerwGE* 109, 325-330 = *ZfJ* 2000, 191-193.

¹³ Wiesner, a.a.O. Rn.42.

In der Regel ergibt sich daher die Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers in folgenden Fällen:

- Erzieherische Hilfen wurden bereits vor dem 18. Lj. gewährt.
- Hilfe wird nach dem 18., aber vor Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt.
- Hilfe wird über das 21. Lj. hinaus gewährt, weil der Einzelfall eine Fortsetzung einer bereits begonnenen Maßnahme nach § 41 SGB VIII fordert (z.B. bei seelischer Behinderung).

Die Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers ergibt sich dagegen in folgenden Fällen

- Vor Vollendung des 21. Lj. wurde keine Hilfe nach § 41 SGB VIII gewährt.
- Der Hilfesuchende hat das 27. Lj. erreicht.
- Es besteht keine Aussicht auf Erreichung des Hilfeziels nach § 41 weil der junge Mensch trotz Motivierung nicht bereit ist, in zumutbarem Umfang an der Hilfe mitzuwirken.
- Es kann aufgrund von Vorgeschichte und Verlauf nicht erwartet werden, dass mit erzieherischen Mitteln das Hilfeziel des § 41 SGB VIII erreicht werden kann.¹⁴

f) Ungelöste Zuständigkeitskonflikte

Nach meinen bisherigen Erfahrungen in der Beratung und Vertretung von Einrichtungen und jungen Menschen gelingt es bei Zuständigkeitskonflikten in der Regel nicht, die Sozialleistungsträger durch Argumentation in der Sache zur Gewährung von Leistungen zu veranlassen. Dies hat seinen Grund nur zum Teil in fehlender Rechtskenntnis auf Seiten der Leistungserbringer. Ein wesentlicher Teil der Abgrenzungsfragen ist dem Umstand geschuldet, dass zwar abstrakt, also losgelöst vom Einzelfall eine Abgrenzung gelingt, der Einzelfall aber oft geprägt ist, durch eine Gemengelage Hilfebedarfen, eine eindeutige Zuordnung häufig also nicht möglich ist und sich – abhängig von der Interessenlage – darüber hinaus wissenschaftliche Argumente für mehrere Leistungsarten finden lassen.

5. Durchsetzung von Ansprüchen

Der Gesetzgeber wie die verwaltungs- und sozialgerichtliche kennen dieses Problem und haben sich seiner durch eine Reihe von Regelungen angenommen, die letztlich bewirken sollen, dass Zuständigkeitsstreitigkeiten und Abgrenzungsprobleme nicht auf dem Rücken der Leistungsberechtigten ausgetragen werden sollen. Es handelt sich dabei vor allem um

- die Regelung zur Weiterleitungspflicht der Behörde (§ 16 SGB I)
- die Regelung zur Vorleistungspflicht des zuerst angegangenen Leistungsträgers nach § 43 SGB I sowie
- schließlich die Rechtsprechung der Verwaltungs- und Sozialgerichte zur Eintrittspflicht des nachrangig verpflichteten Trägers bei Weigerung des vorrangig verpflichteten.

Abgesehen von Problemen und Fragen, die diese Regelungen im Detail aufwerfen¹⁵, ist allen Regelungen gemein, dass sie in der Verwaltungspraxis geringe bis gar keine Beachtung finden. Dies hat seinen wesentlichen Grund darin, dass ihre Nichtbeachtung keine unmittelbare Sanktion zu Lasten des Leistungsträgers auslöst, die u.U. unnötige Leistungsgewährung dagegen das jeweilige Budget ökonomisch belastet. Dieses Regiment knapper Haushaltslagen schlägt unmittelbar auf die Praxis der Leistungsgewährung durch.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Z.B.: § 14 SGB IX gilt nur im Verhältnis der Rehabilitationsleistungen zueinander; § 43 SGB I lässt keine rückwirkende Leistungsgewährung zu, etc. pp.

Der Gesetzgeber vertraut insofern auf den mit subjektiven Rechten ausgestatteten mündigen Hilfesuchenden, der seine Leistungsansprüche souverän durchsetzt. Nimmt er selbst oder andere für ihn diese Rechte nicht wahr, bleibt die Leistungsgewährung nicht selten aus. Weil der seelisch behinderte oder kranke junge Mensch eine juristische Fiktion ist und bleibt, kommt es im Streitfall zur juristischen Durchsetzung von Leistungsansprüchen, also zum Rückgriff auf förmliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren i.d.R. nur dort, wo Trägerinteressen mit denen von Leistungsberechtigten zusammenfallen.

Instrumente zur Durchsetzung sind vor allem

- Antragstellung
- das Widerspruchsverfahren
- das verwaltungsgerichtliche Eilverfahren sowie
- das Klageverfahren.¹⁶

Dabei ist es oft auch notwendig verfahrensrechtliche Schritte gegenüber mehreren Leistungsträgern einzuleiten.

Adäquat ließen sich die Abgrenzungs- und Koordinationsprobleme letztlich nur durch einen Zwang zur Kooperation und zur Erbringung von gemeinsam finanzierten Komplexleistungen lösen. Eine solche Lösung existiert etwa im Teilbereich der Frühförderung. Ohne eine entsprechende gesetzliche Regelung, also einen Zwang zur Kooperation, werden Veränderungen die Ausnahme bleiben.

Prof. Dr. Florian Gerlach
Voßkamp 33
49078 Osnabrück
www.florian-gerlach.net

¹⁶ Vgl. hierzu Gerlach: Die Durchsetzung von Jugendhilfeansprüchen gegenüber dem Sozialleistungsträger, www.florian-gerlach.net.